



Brüssel im Fokus der Welt: Die EU-Wahl hat Auswirkungen auf alle. Auch in Österreich.

EU-ropa wählt

Es geht heute um das Parlament der Europäischen Union. Doch wer wählt da warum was? Der Wahlkampf drehte sich so sehr um österreichische Befindlichkeiten, dass man das europäische Ganze leicht aus dem Auge verlieren kann. Schauen wir daher genauer hin.

1 Betrifft mich die EU überhaupt? Ja. Ganz egal, welche politische Meinung oder Parteivorliebe jemand hat: Wen die EU nicht betrifft, der müsste tot sein. Denn natürlich bestimmen Reisefreiheit und eine ebenso freie Arbeitsplatzwahl, der zollfreie Handel und so weiter und so fort unser Alltagsleben. Dasselbe gilt für die Währungspolitik im Euroraum.

2 Ist das EU-Parlament wichtig? Ja. Weil es ist an allen Gesetzen der EU – das sind Verordnungen und Richtlinien, die in sämtlichen Mitgliedsstaaten entweder unmittelbar gelten oder umgesetzt werden müssen – beteiligt. Freilich macht stets die Europäische Kommission sozusagen als

Regierung der EU die Gesetzesvorschläge und muss neben dem Parlament auch der zuständige Fachminister aus allen Ländern zustimmen. Was jedoch so beschlossen wird, ob Baustoffverordnung oder Abschaffung der Roaminggebühren, das gilt überall.

3 Stimmt es, dass 80 Prozent der österreichischen Gesetze auf die EU zurückgehen? Nein. Das ist eine Legende. Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors sagte das vor Jahrzehnten. Doch erstens war das von Delors nur eine Prognose, zweitens bloß auf die Wirtschaft bezogen und drittens hat er sich total geirrt, Studien zeigen je nach Politikbereich 10 bis 40 Prozent der Gesetze, die

auf die EU zurückgehen. Die meisten davon im Umweltbereich.

4 Ist es unfair, dass nicht jedes Land gleich viele Parlamentarier hat? Nein. Die Zahl der Abgeordneten hängt von der Bevölkerungsgröße ab, wobei kleinere Staaten bevorteilt werden. Am meisten Abgeordnete hat Deutschland mit 96, die wenigsten Malta mit nur sechs. Aus Österreich sind es künftig 20 von 720. Daher kommen bei den deutschen Nachbarn fast 900.000 Einwohner auf einen Volksvertreter, in Österreich knapp 500.000. Kleinststaaten wurden mehr Abgeordnete zugestanden, weil sie sonst bloß einen oder höchstens zwei solche hätten – was keine Parteienvielfalt ermöglichen würde.

5 Können so wenige österreichische Abgeordnete etwas ausrichten? Jein. Ein einzelner Abgeordneter bewegt wenig. Auch die Gruppe der Österreicher versetzt keine Berge. Insgesamt stellen wir nicht einmal drei Prozent aller EU-Parlamentarier. Keine einzige heimische Partei kommt nach der heutigen Europawahl auf über ein Prozent aller Abgeordneten. Man kann jedoch Allianzen schließen und sich mit gleichgesinnten Parteien aus anderen Ländern zusammenschließen. Das nennt man Fraktion.

6 Wäre es da nicht besser, wenn wir statt unserer Parteien für europaweite Parteilisten stimmen? Nein. Wäre EU-ropa ein einziger Wahlkreis, sind für das Ge-



Fotos: EPA/OLIVIER HOSLET

samtresultat nur große Staaten entscheidend. Im kleinen Österreich hätten wir auf die Zusammensetzung des Parlaments kaum Einfluss. Vielleicht würden sich zudem bloß Politiker aus Deutschland, Frankreich, Italien & Co. auf den Kandidatenlisten finden.

7 Können wir Personen wählen? Ja. Es ist möglich, einem Politiker seiner Partei seine Vorzugsstimme zu geben. Erhält jemand so mindestens fünf Prozent aller Parteistimmen, wird er oder sie vorgereiht. 2019 hätte ausgerechnet Heinz-Christian Strache auf Kosten eines anderen FPÖ-Abgeordneten einen Sitz im Parlament zugesprochen bekommen, auf den er aber verzichtete.



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

8 Ist es nicht bizarr, dass es keine EU-weiten Listen gibt, jedoch bei den großen Fraktionen europaweite „Spitzenkandidaten“? Ja und nein. Die länderübergreifend als Spitzenkandidat bezeichneten Personen gel-

ten als Bewerber für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission. So wird transparent gezeigt, worum es indirekt auch geht. Weil das aber nicht gesetzlich vorgegeben ist, kann später jemand ganz anderer Kommissionspräsident werden. Das passierte 2019 mit Ursula von der Leyen von der Europäischen Volkspartei (EVP) statt des Bayers Manfred Weber.

9 Ist es ein demokratisches Armutszeugnis, wenn die Wahlbeteiligung in EU-Wahlen so gering ist? Ja. Die Beteiligung in Österreich etwa war 2004 mit 42 Prozent extrem niedrig und betrug zuletzt rund 60 Prozent. In der Politikwissenschaft spricht man von „Wahlen zweiter Ordnung“.

Obwohl es keine Partei zu gibt, sind alle weniger engagiert und geben nachweislich viel weniger Wahlkampfgeld aus, als sie es für den Nationalrat tun werden.

10 Ist die EU-Wahl ein Test für die Nationalratswahl? Jein. Sollten ÖVP und SPÖ deutlich hinter der FPÖ liegen, müssen sie sich fragen, warum sich das bis September ändern sollte. Und umgekehrt. Es gibt jedoch das Phänomen des sogenannten „Split-Ticket“ als abweichendes Wahlverhalten auf nationaler und europäischer Ebene. Der entscheidende Unterschied ist freilich die Wahlbeteiligung. Heute machen sich die Parteien Sorgen, dass die eigene Anhängerschaft zu Hause bleiben könnte.